



## Impulspapier Klimarat der Bürger:innen – Armutskonferenz

### Querschnittsthema Soziale Gerechtigkeit

#### Herausforderungen: Die Klimakrise trifft Armutsbetroffene am härtesten

Die Bewältigung der Klimakrise ist eine zutiefst soziale Frage. Die reichsten zehn Prozent der Österreicher\*innen verursachen rund doppelt so viele klimaschädliche Emissionen wie österreichische Durchschnittsverdienende. Klafft das Einkommen weiter auseinander, wird die Ungleichheit noch größer: Die reichsten zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung verursachen mehr als viermal so viel Treibhausgase wie die ärmsten zehn Prozent.<sup>1</sup> Gleichzeitig sind Menschen mit geringem Einkommen von den Auswirkungen der Klimakrise (Hitze, steigende Energie- und Lebensmittelpreise etc.) stärker betroffen. Dazu kommt, dass klimaschädliches Verhalten und Konsum im derzeitigen Wirtschaftssystem häufig kostengünstiger sind als nachhaltige Alternativen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Klimaschutz muss alle mitnehmen – gerade jene, die geringere Möglichkeiten haben. Klimaschutz wird nur dann erfolgreich sein, wenn er nicht sozial blind ist.

Klimaschutzmaßnahmen sollten vor allem den unökologischen Lebensstil reicherer Bevölkerungsgruppen regulieren, während ärmere Bevölkerungsgruppen dabei unterstützt werden müssen, sich eine ökologische Lebensweise leisten zu können.<sup>2</sup>

*„Es muss einfach billiger sein, was ökologischer ist, alles andere ist ein Wahnsinn. In Wirklichkeit ist das billig, was nicht ökologisch ist aufgrund unseres menschengemachten Wirtschaftssystems, und alle tun so, als wollten sie die Umwelt schützen. Es wäre ganz einfach: Man müsste nur sagen – und wer das kann, weiß ich nicht – ökologisch zahlt sich aus, ökologisch wird belohnt und gar Gemeinwohl wird belohnt und alles ist gelöst.“* (Jakob, armutsbetroffener Langzeitarbeitsloser, Graz)

Menschen mit Armutserfahrung haben Sorge, in der klimapolitischen Debatte übersehen zu werden und in der Ausgestaltung der Maßnahmen „unter die Räder zu kommen“. Sie haben in vorangegangenen Krisen bereits die Erfahrung gemacht, dass sie übergangen und ihre Lebensrealitäten nicht berücksichtigt werden.

*„Soziale Kälte gegen Klimaerwärmung, wenn man das nur ausrechnen könnte. Ich habe mir den schlaun Satz gedacht: Wir arm Gemachten sind wie das Klima. Also eigentlich ist bei beidem klar, dass da etwas im Argen liegt und bei Sonntagsreden und Präambeln und Erklärungen wird auch erklärt, dass das nicht so sein soll, alleine es fehlen die Maßnahmen, die das ändern würden. Ökonomisch gesprochen fehlen einfach die Anreize, sowohl die Klimaerwärmung als auch die Armut in den Griff zu bekommen. Es ist ein anerkanntes Problem, aber niemand tut etwas.“* (Jakob, armutsbetroffener Langzeitarbeitsloser, Graz)

Armutsbetroffene und ausgrenzungsgefährdete Menschen haben weniger Spielraum, sich vor den Auswirkungen der Klimakrise zu schützen. Konkret sind vor allem chronisch kranke und ältere Menschen, Kinder, Frauen und Wohnungslose den klimatischen Veränderungen verstärkt ausgesetzt. Je länger die Politik die Klimakrise nur halbherzig bekämpft, desto mehr belastet sie

<sup>1</sup> Greenpeace (2020): Klima Ungerechtigkeit in Österreich. Eine Studie zur ungleichen Verteilung von CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach Einkommensschichten. <https://klima.greenpeace.at/blog-klimaungerechtigkeit-in-oesterreich/>

<sup>2</sup> Diese Zitate stammen aus einer Gruppendiskussion zum Thema Klima und Armut von Menschen mit Armutserfahrungen.



die heute bereits am stärksten Benachteiligten.

*„Die Klimakrise bedeutet für mich, dass ich im Winter in der eiskalten Wohnung sitze, dass ich im Sommer eine Hitze habe, dass mir die Luft wegbleibt und ich das Gefühl habe, ich kriege jetzt bald einen Herzinfarkt. Ich kann aber nichts machen dagegen. (...) Ich kann nichts machen, ich bin ohnmächtig, ausgeliefert.“ (Franziska, Mindespensionistin, Wien)*

Armutsbetroffene Menschen wohnen global betrachtet häufig in Regionen, die besonders stark von Klimafolgen wie Überschwemmungen betroffen sind. Dürren lösen zusehends weltweit Nahrungsmittelknappheit und gewaltvolle Krisen aus und führen auch in Österreich dazu, dass sich einkommensarme Haushalte Lebensmittel weniger gut leisten können. In Österreich wohnen Armutsbetroffene zumeist in Wohnungen, die an den Hauptstraßen des motorisierten Verkehrs mit mehr Lärm und Schadstoffbelastung liegen.

Armutsbetroffene haben häufig keinen Zugang zu kühlen Räumen, sei es in Schulen, an Arbeitsplätzen oder in Wohnungen. Sie sind auch im öffentlichen Raum weniger willkommen, weil dieser immer stärker reguliert und kommerzialisiert wird. Sie sind Hitze und extremen Wetterphänomenen stärker ausgesetzt. Sanierung und Reparatur sind tendenziell nicht leistbar bzw. vor allem im Mietsegment kaum machbar, sofern es zu keiner staatlichen Regulierung und Unterstützung kommt.

### **Ziele: Klimaschutzmaßnahmen müssen (auch) für Umverteilung sorgen**

Bei allen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise ist es wesentlich, mögliche soziale Folgen und Auswirkungen auf Armutsbetroffene zu berücksichtigen. Die Klimakrise muss als soziales Risiko anerkannt werden, gegen das es sozialstaatliche Absicherung braucht. Diese Maßnahmen dürfen keinesfalls nur an individuellen Verhaltensweisen ansetzen. Es geht um strukturelle Maßnahmen, die für alle ein klimafreundliches Leben möglich, erstrebenswert und alltagstauglich machen. Zugleich braucht es Aufklärung nicht nur darüber, warum die Maßnahmen notwendig sind, sondern auch welche Vorteile sie mittel- bis langfristig für alle bringen.

Klimapolitische Vorhaben bieten die Chance, umfassende Umverteilung zu bewirken: von sozialen Risiken, von den Folgen der Klimakrise, für den sozialen Zusammenhalt. Sie müssen stets sozialen Ausgleich sicherstellen, der für Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen sorgt und sozioökonomische Ungleichheit abbaut, anstatt sie zu befeuern. In Frankreich hat sich mit den Gelbwesten-Protesten gezeigt, was passiert, wenn bei Besteuerung fossiler Energie kein sozialer Ausgleich stattfindet. Klimapolitik muss sozial nachhaltig und ökologisch gerecht sein. Vorschläge, welche Maßnahmen möglich, notwendig und sinnvoll sind, gibt es bereits. Es ist nun an der Politik, diese auch umzusetzen.

### **Strategien & Maßnahmen: Die wichtigsten Punkte aus Sicht der Armutskonferenz**

#### **Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur**

- Öffentlicher Raum und gut ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge kommen Allen zugute, insbesondere aber Menschen mit geringem Einkommen. Dazu gehören u.a. ein öffentliches Gesundheits- und Bildungssystem, nutzbare grüne öffentliche Fläche und kühle Räume im Sommer, ein sicheres, niedrigschwelliges Mobilitätsangebot, Nahversorgung oder wohnortnahe Freizeitangebote.

#### **Teilhabe durch Zugang zu nachhaltiger Energie**

- Energie und Wohnen sind Grundbedürfnisse und müssen auch als solche behandelt werden! Dazu braucht es eine Ratifizierung der Artikel 30 und 31 der Europäischen Sozialcharta und der Collective Complaints Procedure, damit diese Grundbedürfnisse auch



Verfassungsrang haben. Teilhabe und Inklusion am sozialen Leben sind ohne Energie nicht mehr möglich, dies hat uns die Corona-Krise nochmals deutlich gezeigt.

### **Klimafreundliches und energieeffizientes Wohnen**

- Thermische Sanierungen müssen für armutsbetroffene Haushalte leistbar und umsetzbar sein. Förderungen müssen bis zu 100 Prozent der Kosten übernehmen.
- Kosten der Energieeffizienzsteigerung bspw. eines Heizungsaustausches dürfen nicht auf Mieter\*innen abgewälzt werden. Es braucht Änderungen beim Mietrecht, vor allem bei befristeten Mietverhältnissen.

### **Klimasoziale Mobilität**

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs: Öffentliche Verkehrsmittel müssen – wo immer möglich – in ausreichender Frequenz verfügbar und für alle leistbar sein. Zusätzlich können Sharing-Angebote für die „letzten Kilometer“ ausgebaut werden.
- Reduktion des Individualverkehrs: Der motorisierte Individualverkehr und die Möglichkeit, jederzeit fliegen zu können, haben enorme ökologische und soziale Folgen. Klimagerechte Mobilität bedarf einer drastischen Reduktion des Individualverkehrsaufkommens der Ober- und Mittelschicht und eine Förderung von kollektiver Mobilität sowie eine deutliche Einschränkung des Flugverkehrs. Parallel muss aktive Mobilität (Fahrradfahren und zu Fuß gehen) erleichtert und gefördert werden.

### **Klimaneutrale leistbare Ernährung**

- Gutscheine oder Voucher für regionale und biologische Lebensmittel
- Gesunde Lebensmittel im öffentlichen Sektor (z.B. Schulen, Kindergärten, Kantinen) durch nachhaltige öffentliche Vergabe sicherstellen
- Überproduktion von Lebensmitteln verhindern

### **Sozialökologische Steuerreform**

- Einbettung einer CO2-Steuer in eine breitere sozial-ökologische Reform (z.B. Maßnahmenpaket für Gebäudesanierung, Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Vergünstigungen bei der Nutzung)
- Tatsächliche Kompensation für untere Einkommen und Armutsgefährdete gewährleisten
- Schrittweise Einführung der Steuer und Unterstützungen für notwendige größere Investitionen (Tausch Heizsystem, Gebäudedämmung etc.)